

»Unseen«: Abgehängt oder einfach demokratiefeindlich?

Demokratieunterstützung und Verschwörungsglaube: Ein Blick in die sächsische Provinz¹

Susanne Rippl

1. Ostdeutsch und abgehängt – fragile Demokratie?

Die sächsische Provinz ist seit den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen während der Coronapandemie – aber auch schon davor im Kontext migrationsfeindlicher Demonstrationen durch demokratiefeindliche und rechtsextreme Mobilisierungen in den bundesweiten Fokus gerückt. Schaut man auf die sächsischen Großstädte, so ist das als eher provinziell geltende Chemnitz durch die rassistischen Ausschreitungen und die darauffolgenden rechtsextremen Aufmärsche 2018 weltweit bekannt geworden². Im Vergleich zu den beiden anderen Großstädten in Sachsen, Leipzig und Dresden, hängt der Stadt schon seit DDR-Zeiten das Image der grauen Industriestadt an. Im Kontext der Kulturhauptstadtwerbung der Stadt lautete das Motto fast folgerichtig »C – the Unseen«. Die Kulturhauptstadt findet in Chemnitz und der Region statt, beteiligt sind Kommunen aus Mittelsachsen, dem Erzgebirge und Zwickau. Die »Provinz« und das »Ungesehene« stehen somit ganz explizit im Fokus.³ Chemnitz zeichnet sich dabei durch eine »hybride« Stellung aus. Zwar ist die Stadt nach ihrer Einwohnerzahl als Großstadt zu zählen und sie unterscheidet sich in der infrastrukturell guten Ausstattung deutlich von ländlichen Räumen, allerdings markieren eine hohe Abwanderung, eine überalterte Bevölkerung, leerstehende Wohnungen, eine fehlende Anbindung an den Fernverkehr der Bahn und eine im Vergleich zu Leipzig und Dresden niedrigere Wirtschaftsleistung deutliche Differenzen.⁴ Neben den objektiven Faktoren gibt es

1 Ich danke Emilia Oelschlägel und Christian Seipel für die hilfreichen Kommentare.

2 <https://www.nytimes.com/2018/08/28/world/europe/chemnitz-protest-germany.html>.

3 <https://chemnitz2025.de/kulturregion/>.

4 https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/_node.html.

zum Teil eine negative Selbstwahrnehmung der Bürger:innen im Vergleich zu Dresden oder Leipzig. In den ländlichen Räumen finden sich die genannten Defizite in deutlich schärferer Form, insbesondere was die Ausdünnung der Infrastruktur und die sozialstrukturelle Überalterung betrifft. Das Motto der Kulturhauptstadt richtet seinen Blick in diesem Kontext auf das Ungesehene, primär in einem positiven Sinne des Sichtbarmachens unerkannter Potentiale.

Gefühle des »Nicht-gesehen-werdens« oder des Abgehängtseins werden als Kontextfaktoren für die Entstehung von Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus gesehen. Die Wahlerfolge der AfD in ländlichen Regionen werden unter anderem auch als Folge des Abgehängtseins ländlicher Räume erklärt (Simon 2020; Dilling/Kiess 2021). Dilling und Kiess (2021) zeigen in ihrer Studie, dass Faktoren wie eine hohe Arbeitslosenquote, Abwanderung, ein hoher Männeranteil und eine ausgedünnte Infrastruktur relevante Kontextfaktoren für die Wahl der AfD sind. Akteur:innen, die sich politisch engagieren, sind häufig in einer schwierigen Lage, da die zivilgesellschaftlichen Strukturen in diesen Regionen schwach sind, es gibt weniger finanzielle oder personelle Ressourcen als in größeren Städten. Menschen, die sich oder ihre Region als »abgehängt« wahrnehmen, sehen sich in ihren Sorgen und Problemen von den politischen Akteur:innen nicht wahrgenommen. »Politik« wird häufig als etwas erfahren, dass sich abseits der eigenen Lebensrealität in den großen Städten oder im fernen Berlin abspielt.

In der Demokratieforschung gilt, in Anlehnung an Easton (1975), die politische Kultur und die Unterstützung der Demokratie durch die Bürger:innen als eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität eines politischen Systems. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Zufriedenheit der Bürger:innen mit den »Leistungen« des politischen Systems »Demokratie«. Das Gehört- bzw. Gesehen-Werden ist dabei ein wichtiger Faktor (Pickel/Pickel 2022). Gerade in Regionen oder Städten, die strukturelle Defizite aufweisen, liegt die Vermutung nahe, dass die Leistung (Performanz) des politischen Systems eher negativer bewertet wird als in anderen Regionen und sich aus dieser Enttäuschung, demokratiekritischere Haltungen und ein geringeres Vertrauen in die Institutionen entwickeln könnten.

Laut den Befunden des Deutschlandmonitors 2023⁵ sehen Ostdeutsche das Funktionieren der Demokratie sowie die Verfassungsordnung kritischer als Westdeutsche, zudem denken deutlich mehr, die Politik interessiere sich nicht für ihre Region. Ostdeutsche empfinden sich häufiger als abgehängt, selbst wenn sie in prosperierenden Regionen leben. Folgt man den obigen Überlegungen und Befunden, haben diese negativeren Beurteilungen Auswirkungen auf die Unterstützung der Demokratie. Brachert (2019) zeigt in einer Analyse von Bestimmungsgründen für die politische Partizipation in Ost und West, dass in Regionen, die in Transformationsprozessen als »Verlierer« hervorgegangen sind, die Demokratiezufriedenheit

5 <https://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/aktuelles/deutschland-monitor-2023-2253230>.

und die Zustimmung zur repräsentativen Demokratie geringer ausfällt. Ähnliches finden auch Reiser et al. (2023) für Thüringen. Das Gefühl abgehängt zu sein und negative Einschätzungen der regionalen Infrastruktur vermindern offenbar die Unterstützung der Demokratie.

Der vorliegende Beitrag wirft in diesem Kontext einen Blick auf die Demokratieunterstützung, die Verbreitung von Verschwörungsglaube verbunden mit Haltungen zur Delegitimierung des Staates in Sachsen. Die Ziele der EU mit der Kulturhauptstadt umfasst auch die soziale und kulturelle Entwicklung ganzer Regionen (für einen Überblick siehe Laux 2022:272-274), dies bezieht Fragen der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ein. Der Beitrag beleuchtet mögliche Bedingungsfaktoren und diskutiert und beleuchtet die Lage der Demokratie in Sachsen.

2. Stichproben und Datengrundlage

Datengrundlage der folgenden Analyse ist der Sachsenmonitor 2023. Ergänzend werden die Querschnittserhebungen des Sachsenmonitors von 2016, 2017, 2018 und 2021/22 herangezogen. Befragt wurden jeweils in Sachsen lebende Personen ab 18 Jahren. Die Befragten wurden mittels eines mehrfach geschichteten, mehrstufigen Zufallsverfahrens durch das Umfrageinstitut dimap ausgewählt und befragt. Die Stichproben sind jeweils repräsentativ für Sachsen (vgl. Ergebnisberichte zum Sachsenmonitor). Die Umfragedaten wurden face-to-face durch computergestützte persönliche Interviews erhoben. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 23. Juni bis zum 30. September 2023. Die ergänzenden Querschnitte, die zum Teil vergleichend betrachtet werden, wurden nach der gleichen Methodik erhoben. Umfassende Informationen hierzu finden sich auf der Homepage des Sachsenmonitors . Für die Analysen besonders relevante Teilstichproben und deren Fallzahlen, sind der Tabelle 1 zu entnehmen.

Tabelle 1: Fallzahlen Sachsenmonitor 2023: Gesamtstichprobe und Teilstichproben einzelner Kreise

	Sachsen	Stadt Chemnitz	Stadt Dresden	Stadt Leipzig	Kreis Erzgebirge	Kreis Görlitz	Kreis Zwickau
N	2041	118	263	307	162	135	161

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

3. »Unseen« – Gefühle des Abgehängtseins in Sachsen

Menschen sind soziale Wesen, die nach Anerkennung durch andere streben. Das Gefühl abgehängt zu sein oder nicht gesehen zu werden, hat dementsprechend einen negativen Effekt auf die Selbstwahrnehmung. Es entstehen Gefühle der relativen Deprivation und der Minderwertigkeit im Vergleich zu anderen. In Bezug auf politische Prozesse spielen insbesondere Gefühle der Deprivation der eigenen Gruppe in Bezug zu anderen Gruppen eine wichtige Rolle (Rippl/Baier 2005). In der spezifischen Zuschreibung »abgehängt« bezieht sich diese Deprivationserfahrung häufig auf räumliche Kontexte. Räumliche Bezüge und Verwurzelungen sind für die eigene Identität relevant. Böing (2017) verweist darauf, dass Räume als soziale Phänomene zu verstehen sind, die sozial konstruiert werden, auf die sich Menschen beziehen etwa als Geburtsort oder Lebensmittelpunkt und dass diese Bezüge etwa in Kommunikationen über diese Orte (zum Beispiel medialer oder persönlicher Art) im Kontext von Vergleichsprozessen zum Teil des eigenen Selbstkonzeptes werden.

Der Begriff des »Abgehängtseins« wird häufig auf strukturschwache ländliche Räume (Deppisch/Osigus/Klärner 2023) bezogen. Einige Merkmale wie eine geringe Attraktivität für junge Menschen, eine negative Wanderungsbilanz sowie ein hoher Anteil älterer Menschen trifft allerdings auch für größere Städte oder ganze Bundesländer zu – die Zuordnung zum ländlichen Raum trifft häufig zu, aber nicht immer. In Städten wie Chemnitz, die wenig positive öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und die mit Assoziationen wie »Nazis« oder »grauer Beton« verbunden werden, existiert dieses Gefühl, obwohl objektiv betrachtet nicht die gleichen strukturellen Probleme wie im ländlichen Raum etwa bezogen auf die Infrastruktur vorliegen. In Chemnitz ist ein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl (Brichzin/Laux/Bohmann 2022: 197) gegenüber den anderen sächsischen Großstädten bis heute präsent. Auch strukturell zeigen sich deutliche Differenzen zum Beispiel in hohen Abwanderungsraten und dem damit verbunden hohen Anteil älterer Menschen wie es der Altenquotient⁶ im Vergleich der anderen sächsischen Großstädte zeigt (Chemnitz: 51, Leipzig: 32, Dresden: 37). Im Gegensatz zu Leipzig (+17,8 Prozent) und Dresden (+13,2 Prozent) hat Chemnitz von 1990 bis 2021 über 17 Prozent seiner Einwohner:innen verloren – insbesondere junge und qualifizierte Menschen haben die Stadt verlassen. So gesehen spiegelt sich das Gefühl der Minderwertigkeit auch in strukturellen Parametern im Vergleich zu anderen sächsischen Großstädten. Auch der durchschnittliche Brutto-Pro-Kopf Verdienst

6 <https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/kreise.html>; der Altenquotient ist definiert als das Verhältnis der Anzahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren zu 100 Personen derselben Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20–64).

(2021)⁷ liegt in Chemnitz (34.139 Euro) deutlich unter dem Niveau von Dresden (37.661 Euro) und Leipzig (36.438 Euro).

In den ländlichen Regionen Sachsens findet sich diese Strukturschwäche allerdings in deutlich stärkerer Intensität wieder. Hier liegt der Einwohnerrückgang seit der Wende zum Teil deutlich über 30 Prozent. Der Erzgebirgskreis hat mit 43,2 Prozent den höchsten Anteil Erwerbstätiger im Niedriglohnsektor in ganz Deutschland, eine Quote von über 40 Prozent erreichen auch Görlitz und der Vogtlandkreis. Auch alle anderen sächsischen Landkreise erreichen hohe Werte⁸. Der Brutto-Pro-Kopf-Verdienst liegt im Kreis Erzgebirge 2021 bei 29.392 Euro im Kreis Görlitz bei 29.792 Euro⁹. Insgesamt liegt das durchschnittliche Brutto-Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland weiterhin rund 13.000 Euro unter dem in Westdeutschland. Lange (2015) findet in seiner Studie zur Demokratieunterstützung, dass nicht das Einkommen oder die wirtschaftliche Lage selbst, sondern eher Gefühle der wirtschaftlichen Schlechterstellung im Vergleich zu anderen Teilen der Bevölkerung die Beurteilung des Funktionierens der Demokratie negativ beeinflussen (Lange 2015: 182). Menschen in ländlichen Regionen werden mit einer höheren Wahrscheinlichkeit aufgrund der evidenten strukturellen Nachteile solche relativen Deprivationsgefühle entwickeln. Allerdings findet sich relative Deprivation auch in anderen Kontexten, da maßgeblich die Frage der Referenz der Vergleichsprozesse eine Rolle spielt. Diese subjektive Sichtweise hat eine stärkere Relevanz als objektive Strukturdaten (Rippl/Baier 2005).

In der vorliegenden empirischen Analyse wurde das subjektive Gefühl des regionalen Abgehängtseins mit vier Indikatoren erfasst, die zu einem Summenindex zusammengefasst wurden: erfragt wurden die Erwartung, wie sich der eigene Wohnort bzw. die Region wirtschaftlich entwickeln wird, inwieweit man erwartet, dass Menschen eher zu- oder wegziehen und inwieweit man glaubt, dass die Region für junge Menschen attraktiv bleibt. Ergänzend wurde gefragt, inwieweit man seinen Wohnort als »abgehängt« bezeichnen würde. Abbildung 1 zeigt die Mittelwerte des Summenindex bezüglich der Gefühle des Abgehängtseins in den verschiedenen Kreisen in Sachsen. Das geringste Niveau findet sich erwartungsgemäß in den Städten Dresden und Leipzig. Chemnitz liegt im mittleren Bereich mit signifikantem Unterschied zu Leipzig und Dresden. In den ländlichen Kreisen fühlen sich die Menschen stärker abgehängt, allerdings mit deutlicher Varianz, die Menschen in den Kreisen Görlitz und Zwickau fühlen sich am stärksten abgehängt.

Das Abgehängtsein gehört in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung zudem in gewisser Weise zur Selbstbeschreibung einer ostdeutschen Identität. Bis heute fühlen

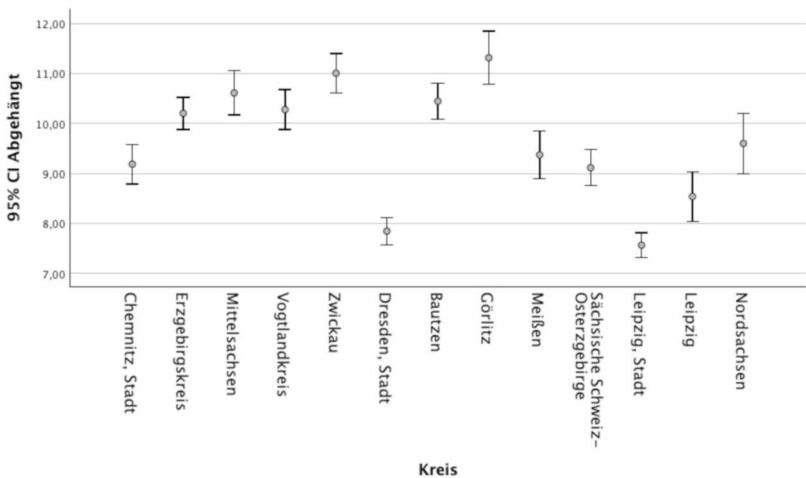
7 <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-kreisebene/einkommen-kreise>.

8 https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_65_2022.pdf.

9 Vgl. Fußnote 5.

sich 50 Prozent der Ostdeutschen laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen¹⁰ von 2023 weiterhin als Bürger:innen zweiter Klasse. In Sachsen denken dies laut Sachsenmonitor¹¹ von 2023 sogar 60 Prozent mit steigender Tendenz. Sich aufgrund seiner ostdeutschen Identität depriviert zu fühlen, ist verbunden mit antidemokratischen Einstellungen (Rippl/Seipel 2021). Zudem ist die Unterstützung der Demokratie als Regierungsform in Ostdeutschland (77 Prozent) deutlich geringer als in Westdeutschland (87 Prozent)¹².

Abbildung 1: »Unseen« – Gefühle des Abgehängtheits¹³ in Sachsen – Mittelwerte mit Fehlerbalken (95 % Konfidenzintervall) Index aus 4 Items: Wertebereich 4–16



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

10 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1414871/umfrage/umfrage-zu-ostdeutschen-als-buerger-zweiter-klasse/>.

11 <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023-8897.html>.

12 <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023-8897.html>.

13 In den Summenindex gingen 4 Items ein: »Meine Region wird sich wirtschaftlich gut entwickeln«, »Mein Wohnort bleibt auch für junge Menschen attraktiv«, »In meiner Region werden langfristig mehr Menschen zuziehen als wegziehen« und »Würden Sie der Aussage zustimmen, dass Ihr Wohnort »abgehängt« ist«. Ein hoher Wert indiziert ein hohes Maß, an Gefühlen abgehängt zu sein. (Antwortmöglichkeiten 1–4, trifft voll und ganz zu bis trifft gar nicht zu).

4. Demokratieunterstützung in Krisenzeiten

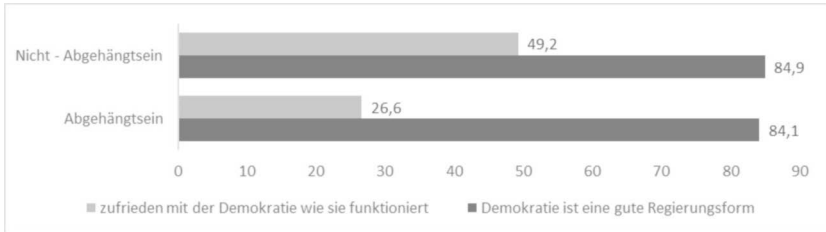
Abgehängte Regionen mit strukturellen Nachteilen gelten aus Sicht der Bewohner:innen als Orte, die keine besondere Aufmerksamkeit der Politik genießen. Folgt man den Überlegungen Eastons (1975) ist die Unterstützung der Demokratie durch die Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität von demokratischen Systemen. Diese Unterstützung differenziert Easton in zwei Aspekte: eine diffuse und eine spezifische Unterstützung der Demokratie. Diffuse Unterstützung meint dabei die grundsätzliche Unterstützung einer Idee, um ihrer selbst willen. Diese grundlegende Demokratiebefürwortung im Sinne einer relativ stabilen prodemokratischen Haltung wird über Sozialisationsprozesse und generalisierte langjährige positive Output-Erfahrungen (zum Beispiel in Form von Wohlstand) erworben und ist relativ unabhängig von kurzfristigen situativen Einflüssen (Pickel et al. 2022). Die spezifische Unterstützung hingegen beinhaltet die Bewertung der Leistung des Systems, dies bezieht sich konkreter auf die Zufriedenheit etwa mit der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Lage und der Zufriedenheit mit der Lage der Region in der man lebt. Hier ist es wahrscheinlich, dass Menschen, die ihre Region als abgehängt wahrnehmen, unzufriedener mit der Leistung der Politik und dem Funktionieren des demokratischen Systems sind. Die Ergebnisse in Abbildung 2 bestätigen die Vermutung, dass Menschen, die sich abgehängt fühlen, unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als Personen, die sich nicht abgehängt fühlen. Die diffuse bzw. generelle Unterstützung der Demokratie wird davon allerdings kaum beeinflusst – die Gruppen unterscheiden sich kaum (vgl. Abb. 2).

Die folgende Analyse (Abb. 3) zeigt die Entwicklung beider Aspekte der Demokratieunterstützung in Sachsen seit 2016. Die diffuse Unterstützung der Demokratie als Regierungsform schwankt auf einem hohen Niveau zwischen 80 und 90 Prozent. Die spezifische Unterstützung hat insbesondere bezogen auf die Bundesebene 2023 einen Tiefststand erreicht. Nur noch 41 Prozent der Menschen in Sachsen sind zufrieden mit der Demokratie wie sie in Deutschland funktioniert. Einen ähnlichen Befund präsentieren Pickel und Pickel (2022) in einer Studie in der Ost- und Westdeutschland verglichen werden. Sie sehen keine grundsätzliche Legitimationskrise der Demokratie, weder im Westen noch im Osten¹⁴, aber insbesondere in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zeigen sich deutliche Unterschiede in Ost und West. Ostdeutsche sind deutlich unzufriedener als Westdeutsche. Dafür verantwortlich sind laut Pickel und Pickel (2022) nicht die real vorhandenen Un-

14 If we define the legitimacy of democracy in accordance with Diamond's (1999) guideline value of 70 per cent, then the data show that there is no deficit of legitimacy with regard to democracy in Germany (Pickel/Pickel 2022:37).

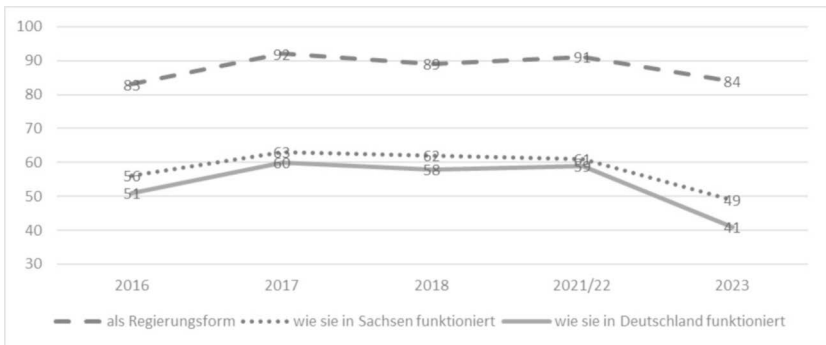
gleichheiten zwischen Ost und West, sondern insbesondere Gefühle eines Mangels an Anerkennung und damit verbundene Narrative des Nicht-Gesehen-Werdens.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen dem Gefühl abgehängt zu sein und Demokratieunterstützung in Sachsen (Zustimmung in Prozent)¹⁵



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 3: Diffuse und spezifische Demokratieunterstützung in Sachsen (Zustimmung in Prozent) *Frageformulierung, siehe Abbildung 2



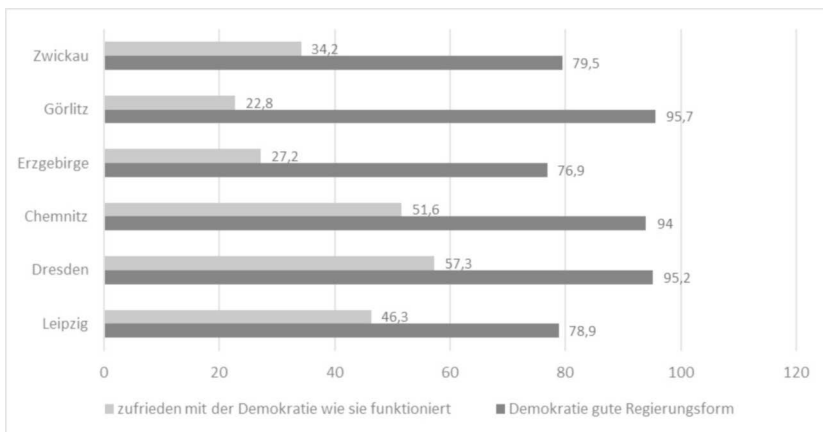
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Auch der Deutschlandmonitor 2023 zeigt, dass in Ostdeutschland die Demokratieunterstützung fragiler ist als im Westen der Republik (Deutschlandmonitor

15 »Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine gute oder schlechte Regierungsform«: Antwortvorgabe gut versus schlecht, hier dargestellt Antwort: »gut; wie sie funktioniert«: Sind Sie mit der Art und Weise wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden. Die positiven Wertungen werden hier zusammengefasst dargestellt.

2023). Zum einen war der Übergang in eine demokratische Ordnung nach der Wende mit drastischen Transformationsprozessen und biografischen Einschnitten verbunden, der für viele zuerst mit dem Verlust von Sicherheit und Arbeitslosigkeit verbunden war. Eine generalisierte positive Output-Erfahrung verbunden mit der Demokratie ist aus dieser Perspektive in geringerem Maße im kollektiven Gedächtnis verankert als dies im Westen der Fall ist. Dort kam die Demokratie quasi mit dem Wirtschaftswunder – zudem prägt ein deutlich längerer Zeitraum demokratischer Bildung und Erziehung die Haltung in der westdeutschen Bevölkerung. Zum anderen stellen die aktuellen Krisenkonstellationen den seit der Wende erarbeiteten Wohlstand und das Niveau an Sicherheit in Ostdeutschland erneut in Frage. In der aktuellen Situation sich überlagernder Krisen steht die Seite der Performanz der Demokratie und ihrer Institutionen dementsprechend vor großen Herausforderungen. Die komplexe multiple Krisenlage, ist kaum mit einfachen und schnellen politischen Lösungen zu bewältigen. Womit die Demokratiezufriedenheit weiterhin unter Druck stehen dürfte.

Abbildung 4: Diffuse und spezifische Demokratieunterstützung in ausgewählten sächsischen Kreisen (Zustimmung in Prozent) *Frageformulierung, siehe Abbildung 2



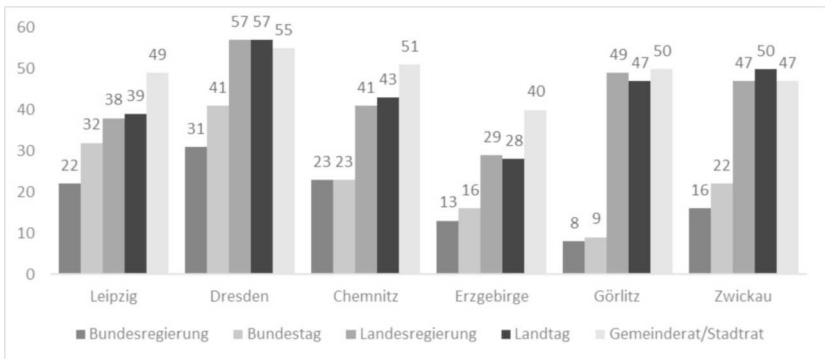
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Ein Blick in die Regionen zeigt, dass Menschen in ländlichen Räumen deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind. Hinsichtlich der Demokratie als Regierungsform findet sich allerdings keine klare Tendenz (vgl. Abb. 4), auch wenn sich partiell niedrigere Werte finden zum Beispiel im Kreis Erzgebirge, ist die generelle Unterstützung auch im ländlichen Raum weiterhin hoch. Pickel et al. (2022) betonen, dass die deutsche Demokratie auch Performanzkrisen gut be-

wältigen kann, solange der »demokratische Grundkonsens« stabil bleibt. Verlieren die Bürger:innen allerdings längerfristig Vertrauen in Effizienz und die Gemeinwohlorientierung ihrer Volksvertreter:innen wird auch die Demokratie als Ganzes angreifbar.

Trotz der aktuellen Konstellation sinkender spezifischer Demokratiezufriedenheit (vgl. Abb. 3) mit zum Teil sehr niedrigen Werten in den Regionen (vgl. Abb. 4), ist der Übergang in eine generelle Ablehnung der Demokratie aktuell nur in geringem Maße mit vergleichsweise niedrigeren Werten, etwa im Erzgebirgskreis zu beobachten. In ländlichen Regionen wie zum Beispiel im Kreis Görlitz ist die generelle Unterstützung weiterhin sehr hoch. Allerdings ist bei dauerhaft niedriger und sinkender Zufriedenheit mit der Effizienz demokratischer Institutionen und ihrem Handeln auch diese generelle Unterstützung gefährdet und bietet Angriffspunkte für populistisch agierende Feinde der Demokratie. Insbesondere die Forderung nach »direkter Demokratie« ist in Sachsen stark verbreitet. Unter den Befragten sind 87 Prozent der Meinung, mehr Einflussnahme durch Volksabstimmungen würde das Interesse an Politik erhöhen. Problematisch wird dieser legitime Wunsch nach mehr Mitsprache, wenn dieser Anspruch mit undemokratischen Forderungen vermischt wird. Rechtsextreme Akteur:innen finden hier potentiell Anschluss mit ihrem populistischen diskreditieren der repräsentativen Demokratie. Wenn 63 Prozent der Menschen in Sachsen fordern, dass Mehrheitsentscheidungen Vorrang gegenüber dem Parlament, dem Grundgesetz und Gerichten haben sollten (Sachsenmonitor 2023), sind das problematische Positionen in einer pluralen Demokratie.

Abbildung 5: Vertrauen in Institutionen in ausgewählten sächsischen Kreisen (großes und sehr großes Vertrauen, in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

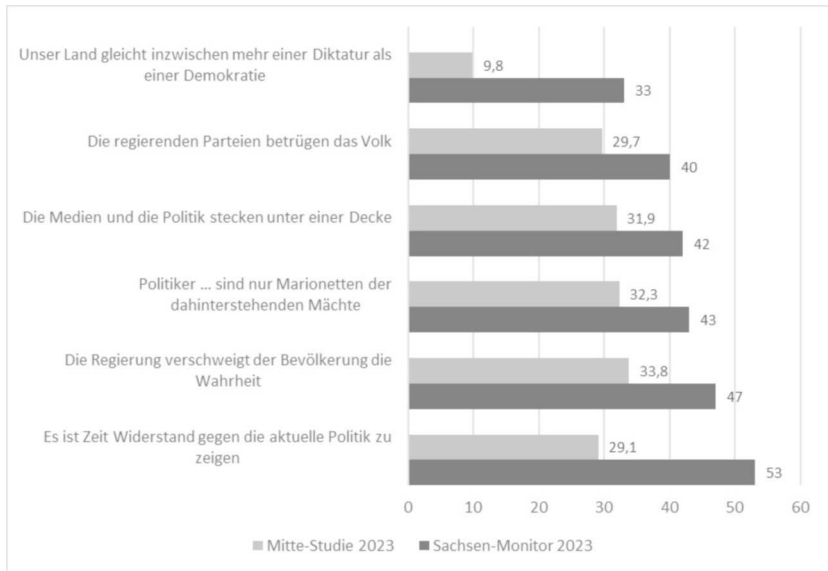
Betrachtet man das Vertrauen in einzelne politische Institutionen der Demokratie so zeigen sich primär für die Bundesebene sehr niedrige Werte, die in den ländlichen Regionen noch deutlich niedriger ausfallen. Im Kreis Görlitz vertrauen weniger als 10 Prozent der Bürger:innen der Bundesregierung oder dem Bundestag (vgl. Abb. 5). Politische Institutionen auf Landes- oder Gemeindeebene werden signifikant besser bewertet.

5. Demokratiefeindschaft: Verschwörungsglaube und die Delegitimierung des Staates

Niedriges Vertrauen in demokratische Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie bieten Anknüpfungspunkte für eine Delegitimierung des Staates und der Demokratie – das Verbreiten von Verschwörungstheorien ist hierbei ein wichtiges Instrument. Die Vermischung von legitimer Kritik, Unzufriedenheit und Aussagen, die die demokratische Ordnung grundlegend delegitimieren, stellen dabei eine Mischung her, die Anschlussstellen zu autoritären Politikmodellen liefern. Krisen gelten in diesem Kontext als Beschleuniger für die Ausbreitung von Verschwörungsglauben in der Bevölkerung (Lamberty/Rees 2021). Der Glaube an Verschwörungen bedient dabei ein menschliches Bedürfnis nach Sicherheit und Kontrolle (Douglas et al. 2019; van Prooijen/Douglas 2018). Verschwörungsideologien liefern dies, indem sie einfache Erklärungen formulieren und Schuldige für die krisenhafte Situation benennen, die man bekämpfen kann. Rechte Akteur:innen befeuern diese Narrationen. Schuldig an der krisenhaften Lage sind dann nicht komplexe geopolitische Krisen, sondern geflüchtete Menschen, eine »korrupte Regierung«, die »Staatsmedien«, die der Bevölkerung gegen ihren Willen bestimmte Meinungen aufzwingen oder Dinge verschweigen oder kurz »die Elite«. Lamberty und Rees (2021) verweisen darauf, dass speziell politischer Kontrollverlust mit Verschwörungsglauben verknüpft ist. Dies erklärt auch die einfache Instrumentalisierbarkeit des wahrgenommenen politischen Kontrollverlustes. Brichzin, Laux und Bohmann (2022) zeigen für Chemnitz wie gesellschaftliche Kontingenzen als Belastungen empfunden werden, die von vielen Bürger:innen der Mitte mit dem Rückzug aus öffentlichen Konflikten oder Positionierungen beantwortet werden und die zudem im Rückzug die Tür zu »alternativen Erklärungen« öffnen können, die einen eindeutigen Standpunkt und einfache Wahrheiten liefern. Ein solcher Rückzug verbunden mit der Sehnsucht nach Eindeutigkeit zielt letztlich darauf, das komplexe und konfliktbehaftete Politische »stillzulegen« (Brichzin/Laux/Bohmann 2022: 218) und im Zweifelsfall an eine »starke Hand« zu delegieren. Neben der psychologischen Funktion von Verschwörungsglauben können auch soziale Bedürfnisse nach Anerkennung und Selbstdarstellung eine relevante Bedeutung haben (Douglas et al. 2019, Lamberty/Rees 2021), sich selbst als »Widerstandskämp-

fer:in« oder »Teil einer Elite, die die Wahrheit erkannt hat« zu sehen. Dies verstärkt ein positives Selbstbild und verfängt besonders bei sozialen Gruppen, die sich als marginalisiert wahrnehmen. Sogenannte »alternative Medien« und Social Media verstärken diese Effekte (Lewandowsky et al. 2015, Schultz et al. 2021) und immunisieren gegen Argumente, da die Argumente ja selbst als Teil der Verschwörung verstanden werden.

Abbildung 6: Verschwörungsglaube und Delegitimierung des Staates in Sachsen und Deutschland im Vergleich (Zustimmung in Prozent)



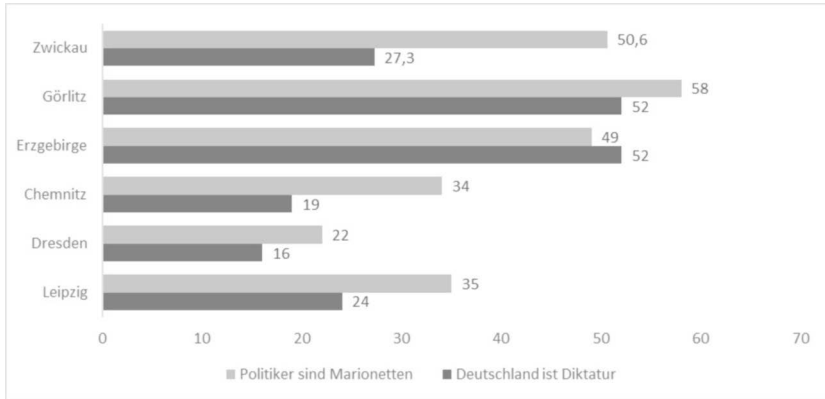
*stimme voll zu und stimme eher zu Angaben (Antworten: teils/teils, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, werden nicht dargestellt).

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

In dieser Konstellation einer in den Augen der Bevölkerung nachlassenden Performanz des Regierungshandelns verbunden mit dem Bedürfnis nach Kontrolle und Übersichtlichkeit sind Verschwörungstheorien der Türöffner für eine Delegitimierung des Staates. Auch wenn die Idee und Legitimität der Demokratie anfänglich nicht grundsätzlich in Zweifel gezogen werden, erodiert durch die massive Kritik an ihrem Funktionieren und ihren Institutionen langfristig auch die diffuse Unterstützung für die Demokratie und demokratiefeindliche Positionen finden zunehmend Anschlussstellen. Studien wie die Mitte-Studie (2023) zeigen, wie weit Verschwörungsglaube bereits in der Mitte der Gesellschaft verbreitet ist. In Sachsen zeigen

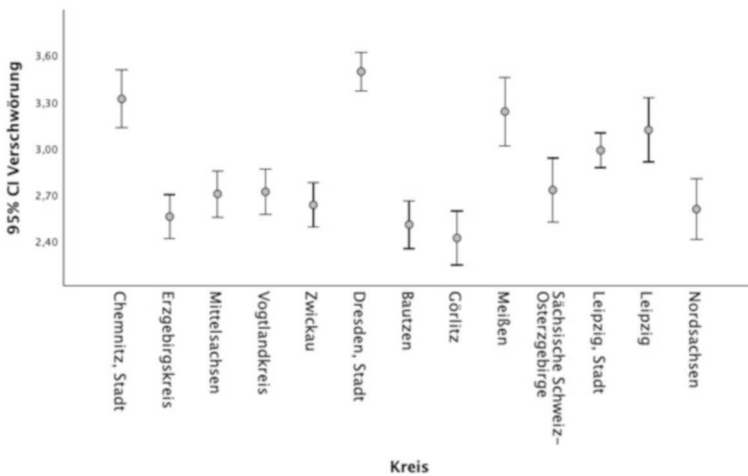
sich noch deutlich höhere Werte als in Gesamtdeutschland – durchschnittlich 40 Prozent der sächsischen Bevölkerung glaubt an Verschwörungen innerhalb der politischen Institutionen (vgl. Abb. 6).

Abbildung 7: Verschwörungsglaube in ausgewählten sächsischen Kreisen (Zustimmung in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 8: Verschwörungsglaube in sächsischen Kreisen. Mittelwerte mit Fehlerbalken (95 % Konfidenzintervall) Mittelwert-Index aus 6 Items: Wertebereich 1–4



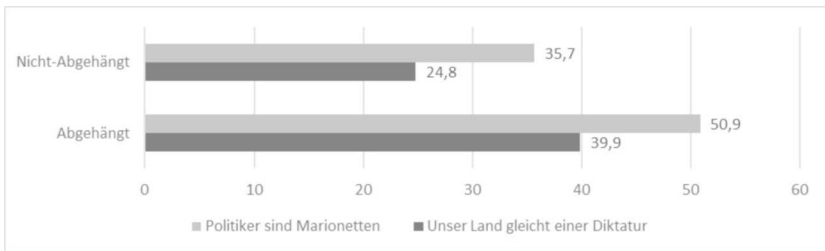
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Ein Mittelwertindex aus allen in Abbildung 6 genannten Items zeigt, die stärkere Verbreitung von Verschwörungsglaube in den ländlichen Kreisen. Insbesondere die Befragten in Chemnitz und Dresden zeigen ein signifikant geringeres Ausmaß (vgl. Abb. 8). Ein Blick in die Regionen belegt, dass solche Haltungen im ländlichen Raum deutlich stärker verbreitet sind (vgl. Abb. 7).

6. Abgehängt oder demokratiefeindlich?

Als Ausgangspunkt des Beitrages wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit Gefühle des Abgehängtseins oder der Demokratiefeindlichkeit die Hinwendung zu Verschwörungsglaube bedingen. Vergleicht man Menschen, die sich abgehängt fühlen, mit solchen, für die dies nicht zutrifft, zeigt sich, dass Gefühle des Abgehängtseins und Verschwörungsglaube in Zusammenhang stehen: deprivierte Menschen sind signifikant häufiger verschwörungsgläubig (vgl. Abb. 9).

Abbildung 9: Verschwörungsglaube und Gefühle des Abgehängtseins (Zustimmung in Prozent)

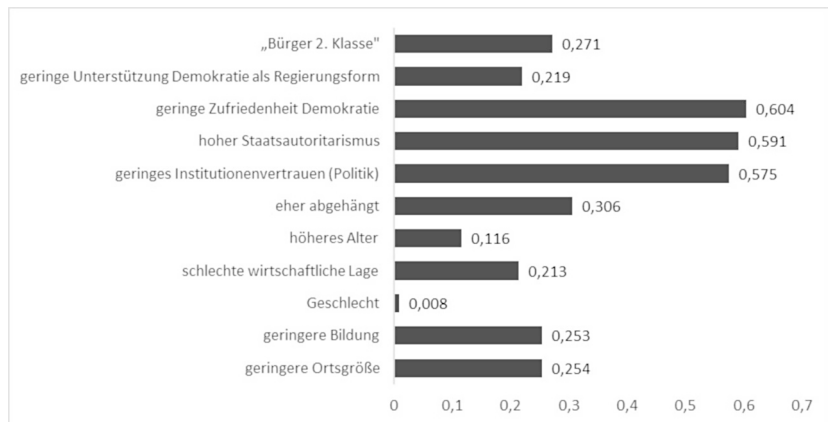


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Um abschließend einige Zusammenhänge verschiedener Prädiktoren von Verschwörungsglauben vergleichend in den Blick zu nehmen, werden Korrelationen und eine Regressionsanalyse der verschiedenen Konzepte betrachtet (vgl. Abb. 10 und Tab. 2). Die kausale Beziehung der Aspekte zueinander lässt sich querschnittlich nicht empirisch prüfen, eine einseitige kausale Interpretation ist daher problematisch. So führt zum Beispiel ein geringes Vertrauen in politische Institutionen zu Verschwörungsglaube, letzterer verstärkt aber wiederum die Entwicklung eines geringen Vertrauens in diese Institutionen. Die Korrelationen ermöglichen zuerst einen Blick auf die unpartialisierten Zusammenhänge. Es zeigt sich, dass Menschen, die in Orten mit wenigen Einwohner:innen leben, die eine geringere Bildung und ein höheres Alter haben und die ihre wirtschaftliche Lage schlechter einschätzen,

eher zu Verschwörungsglauben neigen. Zudem äußern Menschen, die sich abgehängt fühlen und sich als »Bürger 2. Klasse« wahrnehmen, ein signifikant höheres Niveau an Verschwörungsglauben. Am bedeutsamsten sind die Effekte, die sich auf die Wahrnehmung einer geringen Performanz der Demokratie und ihrer Institutionen beziehen. Es ergeben sich starke signifikante Beziehungen zum Verschwörungsglauben. Hier ist zudem von sich gegenseitig verstärkenden Wechselwirkungen auszugehen. Als weiterer Indikator für demokratiefeindliche Haltungen wurde die Variable »Staatsautoritarismus«¹⁶ aufgenommen. Hier zeigt sich, dass Menschen mit einer Präferenz für eine autoritäre Führung (Staatsautoritarismus) verstärkt zu Verschwörungsglauben tendieren (vgl. Abb. 10).

Abbildung 10: Zusammenhänge zwischen Verschwörungsglaube und anderen Konstrukten (Pearson-Korrelationen)



* Bis auf das Geschlecht sind alle Korrelationen signifikant $p > .01$
 Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Im Rahmen einer Regressionsanalyse (vgl. Tab. 2) werden im Folgenden die partialisierten Effekte betrachtet. Hier zeigt sich in Modell 1 der signifikante Effekt der Ortsgröße. Je weniger Einwohner:innen ein Ort hat, desto eher findet sich Verschwörungsglaube. Verfolgt man die Veränderung der Effektstärke der Variable Ortsgröße über die Modelle hinweg, zeigt sich, dass die wirtschaftliche Lage und

16 Der Mittelwertindex umfasst die drei Items: »In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand«, »Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« und »Im nationalen Interesse ist unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform«.

demografische Effekte nur in eingeschränktem Maße für den Ortsgrößeneffekt verantwortlich sind. Zwischen Modell 1 und 2 sinkt der Effekt der Ortsgröße, er verschwindet aber nicht und bleibt signifikant. Gefühle des Abgehängtseins bzw. Bürger:in 2. Klasse zu sein, haben ebenfalls einen deutlichen signifikanten Effekt (von Modell 2 zu 3 sinkt der Ortsgrößeneffekt deutlich). Ebenfalls deutlich sind die Effekte der Variablen, die die politische Kultur abbilden (Demokratieunterstützung und Institutionenvertrauen in Modell 4 und 5) – auch sie reduzieren den Ortsgrößeneffekt signifikant. Es zeigt sich, dass der Ortsgrößeneffekt zum einen Kompositionseffekte abbildet (die unterschiedliche demografische Zusammensetzung der Bevölkerung) und zum anderen mit Gefühlen der Deprivation und mit einer spezifischen politischen Kultur verbunden ist.

Tabelle 2: OLS-Regression: Abhängige Variable: Verschwörungsglaube (standardisierte Beta-Koeffizienten)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Ortsgröße	-.257**	-.214**	-.159**	-.137**	-.112**
Höchster Bildungsabschluss		-.142**	-.112**	-.061**	-.016
Geschlecht		.011	.016	.020	-.001
Alter		.080	.056**	.060	.026
Persönliche wirtschaftliche Lage (subjektiv)		-.167**	-.097**	.017	.017
Wahrnehmung »abgehängt zu sein«			.149**	.008	.001
»Ostdeutsche Bürger 2. Klasse«			.207**	.121**	.084**
Generelle Demokratieunterstützung				-.111**	-.052**
Spezifische Demokratieunterstützung				-.333**	-.250**
Vertrauen in politische Institutionen				-.306**	-.276**
Staatsautoritarismus					.357**
Korr. R-Quadrat	.066	.131	.197	.488	.585

** $p > .01$ (Variablen sind so kodiert, dass ein hoher Wert einer starken Ausprägung des Merkmals entspricht)

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

Hinsichtlich der Erklärungskraft der einbezogenen Variablen für die Ausprägung von Verschwörungsglaube (insbesondere Modell 5), erweisen sich die Effekte der Variablen, die der politischen Kultur zuzuordnen sind (Demokratieunterstützung, Vertrauen in politische Institutionen und Staatsautoritarismus) am erklärungskräftigsten. Im Modell 5 sind die Effekte aller anderen Einflussfaktoren deutlich schwächer und teilweise durch Partialisierungseffekte verschwunden. Der Effekt des Gefühls abgehängt zu sein, ist nicht mehr signifikant, das verweist auf die Partialisierungseffekte der geringeren spezifischen Demokratieunterstützung und des geringeren Vertrauens in politische Institutionen der abgehängten Personen (vgl. u.a. die Befunde aus Abb. 2). Es zeigt sich zudem, dass die autoritären Haltungen zur Rolle des Staates in ländlichen Regionen stärker ausgeprägt sind. Das Einfügen der Variable Staatsautoritarismus im Modell 5 trägt nochmals signifikant zu einer Reduzierung des Ortgrößeneffektes bei. Die verbleibenden starken Effekte der politischen Kultur (Modell 5) sprechen dafür, dass Verschwörungsglaube als ein Bindeglied zwischen der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der Zuwendung zu autoritären Regierungsformen fungiert. Gefühle des Abgehängtseins spielen eine vermittelnde Rolle. Solche Gefühle wirken in ländlichen Räumen in Kombination mit soziodemografischen Faktoren in der Bevölkerungsstruktur (weniger junge Menschen und weniger höher Gebildete) als Beschleuniger.

7. Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Analyse war die Frage, inwieweit in bestimmten sächsischen Regionen, nämlich solchen, in denen die Menschen sich als abgehängt wahrnehmen, die Demokratie in besonderem Maße unter Druck steht. Die Analysen untermauern diese Vermutung. Dies betrifft insbesondere die spezifische Unterstützung der Demokratie, die Zufriedenheit also mit der Performanz der Demokratie und ihren Institutionen. Bezogen auf die generelle oder diffuse Unterstützung zeigt sich kein klares Muster hinsichtlich eines Zusammenhangs zu Gefühlen des Abgehängtseins. Die generelle Demokratieunterstützung erweist sich als stabiler und weniger abhängig von Gefühlen des Abgehängtseins. Diese generelle Unterstützung ist auch in ländlichen Regionen weiterhin sehr hoch. Es zeigen sich aber deutliche Unterschiede in einzelnen ländlichen Regionen. Das Erzgebirge erreicht den niedrigsten Wert aller Kreise, wohingegen der Kreis Görlitz einen Spitzenwert hinsichtlich der generellen Demokratieunterstützung erreicht. Es zeigt sich zudem in ganz Sachsen ein ausgeprägtes Maß an Verschwörungsglauben. Mit Zustimmungswerten um die 40 Prozent reichen solche Haltungen bis in die Mitte der gesamten sächsischen Gesellschaft – wiederum findet sich in den ländlichen Räumen ein noch höheres Niveau. Auch hier findet sich ein signifikanter Zusammenhang zu Gefühlen des Ab-

gehängtseins. Die Einschätzung, wie gut die Demokratie funktioniert, ist zudem ein wichtiges Korrelat des Verschwörungsglaubens. Dieser Zusammenhang macht plausibel, warum in abgehängten Räumen Verschwörungsglaube eher gedeiht. Die Distanz zum Staat und insbesondere zu den Institutionen auf der Bundesebene ist deutlich stärker ausgeprägt. Zudem spielen bereits vorhandene autoritäre Haltungen bezüglich der Frage, wie ein Staat funktionieren soll, eine Rolle. Wer eine starke Führung befürwortet, ist eher geneigt den Staat und seine Akteur:innen, wie er aktuell agiert, zu delegitimieren und an Verschwörungen des Staates mit Medien oder anderen Kräften zu glauben. Solche Haltungen sind in ländlichen Räumen häufiger vorhanden. Die politische Kultur (bezogen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie und ihren Akteur:innen, die Verbreitung von Verschwörungsglauben sowie dem Wunsch nach einer starken Führung) differiert in ländlichen Räumen signifikant von der in städtischen Regionen. Richter et al. (2019) belegen für Thüringen die wichtige Rolle der regionalen politischen Kultur: »Überall dort, wo schon vor fünf Jahren Gemeinden von einem Klima erhöhter Affinität zu rechtsextremen Positionen geprägt waren, konnte die AfD erfolgreich Wähler*innen mobilisieren. Lokal begrenzt und mit deutlich geringerer Effektstärke zeigt sich, dass überall dort, wo die Bevölkerung bis 2035 deutlich sinkt, der AfD-Zuspruch steigt« (Richter et al. 2019: 10). Die Befunde der vorliegenden Analyse weisen in eine ähnliche Richtung. Gefühle der relativen Deprivation, des Abgehängtseins sind von Bedeutung, aber eine etablierte politische Kultur des Misstrauens in die Funktionalität der Demokratie und ihre Institutionen und vorhandene autoritäre Dispositionen wirken stärker in Richtung Delegitimierung des Staates. Aus dem Zusammenspiel von Unzufriedenheit mit der Effizienz demokratischer Institutionen und vorhandenen autoritären Dispositionen ergibt sich eine gefährliche Mischung demokratiegefährdender Haltungen. Dabei zeigen sich durchaus auch zwischen den ländlichen Regionen starke Differenzen, die hier nicht im Detail betrachtet wurden. Ländliche Regionen etwa, die den »Speckgürtel« von Großstädten ausmachen, sind tendenziell weniger betroffen. Zusammenfassend zeigen die vorliegenden Analysen, dass Abgehängtsein die Unterstützung in die Demokratie schwächt. Es zeigen sich direkte Effekte durch Gefühle der Unzufriedenheit, aber auch indirekte Effekte, über die langfristige Veränderung der politischen Kultur der Regionen. So etablieren sich rechtsextreme Akteur:innen, die die Unzufriedenheit nutzen und aufgreifen, sich als Kümmerer:innen gerieren und mit populistischen Strategien demokratische Akteur:innen diskreditieren. Wenn eine Normalisierung demokratiefeindlicher Haltungen etabliert ist, genügt es nicht mehr, wenn der Bus häufiger hält.

8. Ausblick

Begrich (2024) zeichnet ein düstereres Bild für ostdeutsche Regionen und weist auf die Normalisierung rechter Strukturen und Narrative insbesondere im ländlichen Raum hin. Für den ländlichen Bereich spricht Begrich von einer »Hegemonie im Alltag« des Rechtsextremismus (beim Bäcker, in der Kita etc.). Es fehlt an personellen und materiellen Ressourcen dieser Hegemonie etwas entgegenzusetzen, so dass in einigen Regionen bereits der AfD oder anderen rechten Akteur:innen das Feld überlassen wurde und Brandmauern etwa in Gemeinderäten kaum noch bestehen, zum Teil haben sich schon routinierte Kooperationen entwickelt (Hummel/Taschke 2024). Zwar sind personelle Ressourcen und entsprechende zivilgesellschaftliche Gegenwehr in den Großstädten eher vorhanden, Kooperationen etwa im Chemnitzer Stadtrat führen durchaus zu Protest, dennoch finden solche Kooperationen im Abstimmungsverhalten auch in größeren Städten statt (Hummel/Taschke 2024). Zudem lässt sich auch in einer Großstadt wie Chemnitz eine Normalisierung der Präsenz rechtsextremer Akteur:innen beobachten (Brichzin/Laux/Bohmann 2022). Die Akteur:innen der Freien Sachsen oder der AfD sind stadtbekannte Gesichter, die auf öffentlichen Veranstaltungen ganz unverhohlenen Präsenz zeigen. Die monatlichen Aufzüge der »Freien Sachsen« gehören inzwischen zur neuen Normalität (Grunert/Kiess 2023). Gegenprotest gibt es kaum. Die Diagnose einer apathischen und unpolitischen Mitte, die Brichzin, Laux und Bohmann (2022) für Chemnitz stellen, betrifft die ländlichen Regionen noch viel stärker. Die Ausdünnung aktiver Gegenwehr durch den Wegzug entsprechender demografischer Gruppen hat Lücken in der Zivilgesellschaft hinterlassen. Zivilgesellschaftliche Gegenwehr wird schwer in ländlichen Regionen, wo die Hegemonie rechter Akteur:innen Alltag ist: »Wer sich in einer ostdeutschen Kleinstadt offen gegen die AfD bekennt, riskiert soziale Ächtung, Bedrohung und gar körperliche Angriffe bis in das private Umfeld hinein. In einer Kleinstadt kann niemand den Akteur:innen der extremen Rechten einfach aus dem Weg gehen, indem man bestimmte Stadtteile oder Straßen meidet« (Begrich 2024: 9). Zmerli (2013) weist darauf hin, dass nachbarschaftliche Kontakte, zivilgesellschaftliches Engagement sowie individuelle lokale Verbundenheit in regionalen Kontexten soziales Vertrauen stärken können. Sie verweist aber auch auf die dunklen Seiten kommunaler Bindungen, die negative Effekte je nach Kontext mit sich bringen können – ähnlich wie Begrich (2024) es für ostdeutsche Regionen beschreibt (Zmerli 2013: 153). Auffällig ist in diesem Kontext, dass in Sachsen die Menschen im Erzgebirgskreis und allgemein im ländlichen Raum die niedrigsten Werte sozialen Vertrauens im Vergleich zeigen. Nur 16,7 Prozent der Menschen im Erzgebirge vertrauen nach den Daten des Sachsenmonitors 2023 ihren Mitmenschen, in Chemnitz sind es 40 Prozent. Vertrauen in die Mitmenschen und Institutionen gilt als »sozialer Kitt« einer demokratischen Gesellschaft (Zmerli 2013). Fehlt die Unterstützung für die Demokratie und ihre Institutionen,

gelingt es rechtsextremen Akteur:innen Verschwörungsglauben zu verbreiten und die Delegitimierung des Staates zu betreiben. Entsprechende Akteur:innen sind in Sachsen stark und im ländlichen Raum etabliert (wie Rippl 2024 am Beispiel der Kleinstpartei »Freie Sachsen« zeigt). Unter diesen Umständen wird die Demokratie labil (Vorländer/Herold 2023). Brichzin et al. (2022) sprechen für Chemnitz von einer »Risikodemokratie«, diesen Befund kann man zweifellos auf die ländlichen Regionen Sachsens mit deutlich größerem negativem Potential übertragen. Die Kulturhauptstadtprojekte haben Potentiale dem teilweise negativen Image der Region entgegenzuwirken und Bürger:innen zu aktivieren und so den Zusammenhalt zu stärken. Allerdings besteht auch die Gefahr, dass rechte Akteur:innen die öffentliche Sichtbarkeit im Kulturhauptstadtjahr 2025 nutzen, um ihre Agenda in den Fokus zu rücken. Zumindest Drohungen der Szene in dieser Richtung stehen im Raum.

Literaturverzeichnis

- Begrich, David (2024): »Ostdeutschland: Was nach den Demos kommen muss«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 69, S. 9–13.
- Böing, Jasper (2017): Räumliche Identität und Kultur. Ausformungen und Nutzungspotentiale am Beispiel der Stadt Hagen, Wiesbaden: Springer VS, https://doi.org/10.1007/978-3-658-14559-0_2
- Brachert, Matthias (2019): »Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland«, in: Everhard Holtmann (Hg.), Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt, New York: Campus, S. 219–290.
- Brichzin, Jenni/Laux, Henning/Bohmann, Ulf (2022): Risikodemokratie. Chemnitz zwischen rechtsradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt, Bielefeld: Transcript Verlag.
- Deppisch, Larissa/Osigus, Thorsten/Klärner Andreas (2023): »Gefühle des Abgehängtseins« in: ländlichen Räumen?, Braunschweig: Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen. Project Brief, https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dno66762.pdf
- Diamond, Larry (1999): Developing Democracy. Toward Consolidation, Baltimore: Johns Hopkins.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes (2021): Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf der Gemeindeebene, Leipzig: EFBI Policy Paper 3_2021.
- Douglas, Karen M./Uscinski, Joseph E./Sutton, Robbie M./Cichocka, Aleksandra/Nefes, Turkey/Ang, Chee S./Deravi, Fazin (2019): »Understanding conspiracy theories«, in: Political Psychology 40, S. 3–35.

- Easton, David (1975): »A re-assessment of the concept of political support«, in: *British Journal of Political Science* 4(5), S. 435–457.
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2024): »Neue und alte Rechte in Chemnitz. Knotenpunkte eines Netzwerks«, in: Stefan Garsztecki/Thomas Laux/Marian Nebelin (Hg.), *Brennpunkte der« neuen »Rechten. Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen*, Bielefeld: Transcript, S. 157–176.
- Hummel, Steven/Taschke, Anika (2024): *Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studie_n/Studie_Brandmauer_web.pdf
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas (2019): »Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt«, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan (Hg.), *Verlorene Mitte, feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019*, Bonn: Dietz, S. 203–222.
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas (2021): »Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft«, in: Andreas Zick/Beate Küpper (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn: Dietz, S. 283–300.
- Lange, Hendrik (2018): *Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD*, Wiesbaden: Springer.
- Laux, Thomas (2022): »Mobilisiert für Europa?: Die Europäische Kulturhauptstadt und die Aktivierung der Zivilgesellschaft« in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35 (2), S. 270–282, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0034>
- Lewandowsky, Stephan/Cook, John/Oberauer, Klaus/Brophy, Scott/Lloyd, Elisabeth A./Marriott, Michael (2015): »Recurrent fury: Conspiratorial discourse in the blogosphere triggered by research on the role of conspiracist ideation in climate denial«, in: *Journal of Social and Political Psychology* 3, S. 142–178.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2015): »Politische Kultur in der Vergleichenden Politikwissenschaft«, in: Hans-Joachim Lauth/Marianne Kneuer/Gert Pickel (Hg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden: Springer, S. 541–556.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Gittner, Natalie/Celik, Kazim/Kiess, Johannes (2022): »Demokratie und politische Kultur«, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 185–208.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2022): »The Wall in the Mind – Revisited Stable Differences in the Political Cultures of Western and Eastern Germany«, in: *German Politics* 32(1), S. 20–42, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2072488>.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2023): *Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen- Monitors 2022*. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft; KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesell-

- schaftliche Integration. Erfurt https://www.thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_lang_bf.pdf vom 18.07.2023.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2020): Die AfD zur Kreistagswahl 2019 in Thüringen. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebenen (IDZ- Forschungsbericht), Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Rippl, Susanne (2024): »Vom Netz auf die Straße: Mobilisierung und Radikalisierung durch soziale Medien am Beispiel der Kleinstpartei »Freie Sachsen«, in: Stefan Garsztecki/Thomas Laux/Marian Nebelin (Hg.), Brennpunkte der »neuen« Rechten. Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen, Bielefeld: Transcript, S. 97–114.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005): »Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung: Eine vergleichende Analyse«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57(4), S. 644–666.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2021): »Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen: das Beispiel Sachsen«, in: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1(1), S. 26–41.
- Schultz, Tanjev/Ziegele, Marc/Jakob, Nikolaus/Jakobs, Ilka/Quiring, Oliver/Schemer, Christian (2021): Verschwörungsglaube, Medienzynismus und Militanz: Einstellungen und Informationsquellen von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz – ein Beitrag zur Radikalisierungsforschung, in: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1 (1). S. 60–89.
- Simon, Titus (2020): »Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen«, in: Lynn Berg/Jan Üblacker (Hg.), Rechtes Denken, rechte Räume?. Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: Transcript, S. 155–176.
- van Prooijen, Jan-Willam/Douglas, Karen M. (2018): »Belief in conspiracy theories: Basic principles of an emerging research domain«, in: European Journal of Social Psychology 48, 897–908.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik (2023): »Ein unruhiges Land: Sachsen und seine labile demokratische Kultur«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33, S. 709–736.
- Zmerli, Sonja (2013): »Soziales Vertrauen«, in: Jan van Deth/Markus Tausendpfund (Hg.), Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?: Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen, Wiesbaden: Springer, S. 133–155.